

Am Sonntag, 26. Oktober 2005 hielt **Prof. Dr. Malte Faber** in der Heinrich-Jacoby/Elsa-Gindler-Stiftung (Berlin) einen Vortrag zum Thema

Über die Grenzen der Politischen Ökonomie - Wirtschaft, Politik und Religion

Während in der Stiftung zumeist die individuellen Erfahrungen einzelner im Zusammenhang mit der Arbeit Gindlers und Jacobys im Mittelpunkt stehen, waren an diesem Vormittag Fragen gesellschaftlichen Zusammenlebens und sozialer Gerechtigkeit aus volkswirtschaftlicher, umweltökonomischer und philosophischer Perspektive im Vordergrund. Dabei beleuchtete Malte Faber auch das Thema Vertrauen: „Vertrauen ist das Fundament jeder guten Gemeinschaft“. Malte Faber ist emeritierter Prof. für Volkswirtschaftslehre und war geschäftsführender Direktor des Interdisziplinären Instituts für Umweltökonomie in Heidelberg. Er hat sich mit Zen-Buddhismus befasst und setzt sich mit der Arbeit Elsa Gindlers und Heinrich Jacobys auseinander.

Seinen Vortrag in der Stiftung lehnte Malte Faber an seine Abschiedsvorlesung an, die er an der Uni Heidelberg am 16. Juni 2005 gehalten hatte. Nachstehend finden Sie das Manuskript zur Abschiedsvorlesung.

Datei: Theologie Ökonomie Abschiedsvorlesung 16-6-05

Prof. Dr. Malte Faber

Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften

Grabengasse 14

69117 Heidelberg

e-mail: faber@uni-hd.de

Über die Grenzen der Politischen Ökonomie: Wirtschaft, Politik und Religion ^{*}

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik sind in einer Krise. Arbeit, Gesundheit, Altersversorgung, Bildung, Kultur, Kommunen, Kirchen - überall fehlt es an Mitteln; die Aussichten auf Besserung sind ungewiss: Grundlegende Reformen tun not. In einer solchen Lage fühlen sich die Ökonomen in besonderer Weise herausgefordert. Denn von ihnen will man hören, wie die Wirtschaft langfristig gedeihen kann.

Der Anstoß für das Thema dieses Vortrags ist ein Gedanke, der uns, d. h. Herrn Manstetten, den Mitautor dieses Vortrags, und mich, in den letzten Jahren häufig beschäftigt hat: Wenngleich Lösungen nicht ohne ökonomische Kompetenz zu finden sind, glauben wir, dass das Wesentliche an unseren Problemen nicht in den wirtschaftlichen Kategorien von Wettbewerb, Wachstum und Effizienz erfasst werden kann. Andererseits sind diejenigen Begriffe, die wir als grundlegend für das Verständnis unserer gegenwärtigen Probleme ansehen, in unserer eigenen Disziplin, den Wirtschaftswissenschaften, nicht prominent. Es sind die Begriffe Gemeinschaft, Gerechtigkeit und gutes Leben. In den folgenden sechs Abschnitten unseres Vortrags werden wir auf diese Begriffe im Horizont unserer derzeitigen Lage eingehen.

^{*} Diese Rede habe ich gemeinsam mit den beiden Philosophen Reiner Manstetten und Thomas Petersen verfasst. Für konstruktive und kritische Kommentare danke ich Stefan Baumgärtner, Christian Becker, Jens Faber, Jörg Hüfner, Monika Kloth-Manstetten, Ralph Winkler sowie den Mitgliedern des Lehrhauses des Denkens der Religion.

1. Von der ökonomischen Krise zur Frage nach der Gerechtigkeit

Können wir ernsthaft behaupten, die Bundesrepublik sei in einer Krise, wo es uns doch heute, verglichen mit dem Lebensstandard der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg, unendlich viel besser geht? Allerdings: So viele Wünsche und Bedürfnisse unsere Gesellschaft hat - was sie will, scheint sie nicht zu wissen. Ein Wille in dem Sinne, dass Handlungen auf einige umfassende Ziele hin gebündelt werden, fehlt in unserer Gesellschaft. Ob man Politiker, Wirtschaftler, Medien- oder Kirchenvertreter fragt oder sich im persönlichen Bekanntenkreis umhört – man trifft entweder auf Perspektivlosigkeit und Resignation oder auf kurzatmigen Aktionismus.

Das war ganz anders unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg. Die Menschen in Deutschland wussten bei all ihrem Elend, was zu tun war: Kurzfristig ging es um Nahrung und Wohnraum, auf längere Sicht ging es um Wohlstand und Arbeitsmöglichkeiten für alle. Die Ziele für Politik und Wirtschaft waren prinzipiell klar, streiten konnte man nur über die Wege. Das war die Stunde der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie von Ökonomen wie Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard propagiert wurde. Ihr Erfolg beruhte nicht nur darauf, dass der sozialistischen Planwirtschaft die Idee des Wettbewerbs entgegengesetzt wurde. Hinzu kam: Die Trümmerfrauen, die den Schutt wegräumten, die Kinder, die die Ziegel mit dem Hammer vom Mörtel befreiten, erlebten, dass ihre Arbeit einen Sinn hatte. Zugleich konnten sich die Bürger damals darauf verlassen, dass Ökonomen, die Privateigentum und freien Wettbewerb forderten, das Wohl der ganzen Gemeinschaft vor Augen hatten. Und so war es auch. Gemäß der Idee der Sozialen Marktwirtschaft ist die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit eine Angelegenheit der Gemeinschaft. Diese Vorstellung geht auf Adam Smith zurück, den Begründer der Volkswirtschaftslehre. Für Smith war die Freisetzung des Eigennutzes nur dann gerechtfertigt, wenn sich zeigen ließ, dass sie dem Wohlstand der ganzen Gemeinschaft diene.

Die Denkweise der heutigen Ökonomie macht es uns schwer, unmittelbar an die damalige Soziale Marktwirtschaft anzuknüpfen. Der Ansatz der gegenwärtigen Wirtschaftswissenschaften wird als methodologischer Individualismus bezeichnet. Das dazu gehörige Menschenbild ist der homo oeconomicus. Der homo oeconomicus gilt als rationales nutzenmaximierendes Individuum, das egoistische Eigeninteressen verfolgt. In diesem Menschenbild hat der Begriff der Gemeinschaft keinen systematischen Stellenwert mehr: Als

letzter Zweck der Wirtschaft erscheinen die eigennützigen Interessen der Individuen. Damit lässt sich zwar die Wirtschaft angemessen modellieren, wenn sie gut läuft, nämlich wenn der Eigennutz des einen mit dem Eigennutz des anderen normalerweise nicht in Konflikt gerät. Anders ist es, wenn die Wirtschaft nicht gut läuft und wir uns nach Lösungen umsehen. Wenn wir ausschließlich im Horizont des individuellen Eigennutzes bleiben, kommen wir nicht weiter. Zwar sehen wir aus ökonomischer Sicht etwas Richtiges: Die Eigeninteressen von Einzelnen, von Verbänden und Parteien blockieren sich gegenseitig. Wie wir aber aus einer solchen verfahrenen Situation herauskommen, können wir nicht sehen, solange wir nur aus der Perspektive des Eigennutzes wahrnehmen.

Wie aber sehen die Probleme in unserer Wirtschaft aus, wenn wir sie aus dem Gesichtspunkt der Gemeinschaft betrachten? Es handelt sich, in ökonomischer Sprache, um Fragen der Einkommensverteilung, vor allem der Verteilung von Lasten und Einkommensverlusten. Wenn Lasten und Verluste verteilt werden müssen, haben Ökonomen dazu Wichtiges beizutragen. Aber in der Regel unterschätzen wir Ökonomen einen Gesichtspunkt, der für die Menschen eine überragende Rolle spielt: Die Gerechtigkeit. Bei Umverteilungen fordern alle, dass es gerecht zugeht. Zwar mag es zum Tagesgeschäft gehören, dass die Verlierer immer schreien, es sei ungerecht, und die Gewinner behaupten, es sei gerecht zugegangen. Langfristig aber haben viele Menschen durchaus ein Gespür dafür, ob für eine Reform der Gesichtspunkt der Gerechtigkeit eine wesentliche Rolle spielt oder ob es nur darum geht, die Eigeninteressen mächtiger Gruppen zu bedienen. Für die politische Akzeptanz von Reformmaßnahmen ist die Gerechtigkeit die entscheidende Frage. Der Zusammenhalt einer Gemeinschaft erfordert es, dass in elementaren Fragen der Gerechtigkeit eine gewisse Einmütigkeit da sein muss. Mit anderen Worten: Gerechtigkeit verweist auf einen Konsens in der Gemeinschaft.

Ich komme zum Abschnitt

2. Die Gerechtigkeit und das gute Leben

In der Öffentlichkeit wird Gerechtigkeit meist als Verteilungsgerechtigkeit verstanden: Wer kann mit welchem Recht Ansprüche auf welche Güter und Leistungen erheben? Auf dieser Ebene versuchen Individuen und Gruppen, ihre jeweils eigenen Ansprüche als gerecht auszuweisen. Die philosophische Tradition hat jedoch immer wieder die Frage nach der Gerechtigkeit über die Ebene der Verteilungskämpfe hinausgehoben. Sie stellt die Frage: "Welche Verteilung ist gerecht " in den Horizont der viel grundsätzlicheren Frage: "Wie

wollen wir leben?" Oder: "Was oder wer wollen wir sein?" Beide Fragen sind Fragen nach dem "guten Leben". In der Sicht von Aristoteles ist das gute Leben nicht Privatsache. Die Bestimmung seines Gehaltes geht die Gemeinschaft an. Für Aristoteles besteht das Wesen der besten Gemeinschaft darin, dass sie eine Gemeinschaft ist, die sich um das gute Leben bemüht. Das gemeinschaftliche Bemühen um Gerechtigkeit und gutes Leben macht für Aristoteles (Nikomachische Ethik, dtv, München, 1972:155) die Essenz der Politik aus. Gerecht ist, schreibt er, das, "was in der staatlichen Gemeinschaft die Glückseligkeit hervorbringt und bewahrt." Von Glückseligkeit in der staatlichen Gemeinschaft kann man nur sprechen, wenn bei den Bürgern über wesentliche Aspekte des guten Lebens ein Konsens besteht.

Gegen diesen Gedanken des Aristoteles liegt aus heutiger Sicht folgender Einwand nahe: Die Idee des guten Lebens erscheint so unbestimmt, dass der Fundamentalist darunter einen Zustand verstehen mag, in dem alle dasselbe glauben und genauso leben wie er, während für viele Bürger moderner westlicher Gesellschaften ein gutes Leben darin besteht, dass sie sich nur um ihr privates Wohlergehen kümmern. Wenn aber die Vorstellungen über das gute Leben individuell so verschieden sind, wie soll man da zu einer verbindlichen gemeinschaftlichen Vorstellung gelangen?

Es gehört zur Idee der Menschenrechte, dass jeder für sich selbst finden muss, was ein gutes Leben ist. Aber gerade wenn man für diese Idee plädiert, kommt man um die gemeinschaftliche Dimension nicht herum. Denn die individuellen Bilder eines guten Lebens enthalten wesentliche Anteile, die von einem gemeinschaftlichen Bild des guten Lebens abhängen. Dies ist besonders gut von dem wirtschaftswissenschaftlichen Nobelpreisträger Amartya Sen¹ herausgearbeitet worden, der sich Jahrzehnten mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigt. Sen weist darauf hin, dass Arbeitslose nicht nur unter einem Verlust von Einkommen leiden, sondern mehr noch unter dem Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben. Er folgert daraus, dass das Wohl eines Menschen nicht nur abhängt von seiner Gesundheit, seinem Einkommen und der Freiheit, seine Interessen zu verfolgen. Denn zu einer menschlichen Existenz, die wir als befriedigend empfinden, gehört insbesondere die Teilhabe am Leben der Gesellschaft und die Anerkennung durch die anderen Mitglieder dieser Gesellschaft, zu der die eigene Arbeit wesentlich beiträgt. In Fragen der Gerechtigkeit geht es demgemäß nicht nur um die Verteilung von Einkommen und Besitz, sondern auch um das, was Sen "Verwirklichungschancen" nennt. Verwirklichen soll der

¹ vgl. insbesondere Amartya Sen, Ökonomie für Menschen, dtv, 2002.

Mensch danach jene Tätigkeiten, die ihn im vollen Sinne zu einem Menschen machen. Sen bezieht sich ausdrücklich auf Aristoteles, wenn er feststellt: Neben äußeren Mitteln und Einkommen verlangt ein befriedigendes menschliches Leben die Möglichkeit, bestimmte Fähigkeiten entwickeln zu können. Dazu gehören z. B. berufliche Professionalität, Verständnis für Kunstwerke, Urteilssinn für politische Fragen, dazu gehören weiterhin charakterliche Dispositionen wie Gerechtigkeit, Besonnenheit, Zivilcourage und Klugheit. Damit ist der ganze Bereich der Erziehung, Ausbildung und Bildung angesprochen, Fragen, die für die Gemeinschaft von größter Bedeutung sind.

Zudem muss die Gemeinschaft für die Menschen Möglichkeiten bereitstellen, bestimmte Dinge tun zu können: Möglichkeiten zu arbeiten, eine Familie zu gründen, ein gesellschaftliches Leben zu führen, an der Politik teil zu haben und sich religiös zu betätigen. Damit ist das angesprochen, was wir im allerweitesten Sinn als Gesellschaftspolitik bezeichnen können.

Der Begriff der Verwirklichungschancen setzt eine gemeinschaftliche Vorstellung darüber voraus, was für Menschen ein gutes Leben ist, im modernen Sprachgebrauch: ein menschenwürdiges Leben. Der Inhalt und die Verwirklichung eines solchen Lebens ist in wesentlichen Aspekten nicht Angelegenheit der einzelnen Individuen, sondern etwas, das nur in einer Gemeinschaft möglich ist. Was aber macht eine Gemeinschaft aus?

3. Die Bedeutung der Gemeinschaft für das gute Leben

Der Begriff der Gemeinschaft ist heute belastet. Totalitäre Ideologien missbrauchten ihn, um die individuelle Freiheit zu unterdrücken. Man denke nur an die nationalsozialistische Volksgemeinschaft. Außerdem wird eingewandt, eine gemeinschaftliche Idee des guten Lebens lasse sich in einer pluralistischen Welt nicht finden. Wir haben jedoch gesehen, dass zu diesem guten Leben jedes Einzelnen wesentliche Bedingungen gehören, die nur in einer Gemeinschaft des guten Lebens gewährleistet werden können.

Was macht eine Gemeinschaft des guten Lebens aus? Ich möchte drei Aspekte hervorheben. Der erste Aspekt bezieht sich auf die geistigen Grundlagen der Gemeinschaft, der zweite auf den gemeinsamen Willen und die gemeinsamen Ziele, der dritte auf die konkreten Standards der Gemeinschaft.

(i) Zu einer Gemeinschaft, in der die Individuen weitgehend ihr jeweils eigenes gutes Lebens verwirklichen wollen, gehören substantielle Ideen, die allen Gemeinschaftsmitgliedern gemeinsam sind. In diesem Sinn spricht man z.B. von der westlichen Wertegemeinschaft. Hier besteht bei den Mitgliedern ein Konsens über grundlegende Überzeugungen - die Achtung der Menschenrechte sowie das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip. Diese Überzeugungen sind fundamentale Voraussetzungen unserer Gesellschaft, sie dürfen deswegen im politischen Prozess nicht zur Disposition gestellt werden. Dass diese Werte eine Form von Gemeinschaftlichkeit darstellen, wird in der Regel erst dann wahrgenommen, wenn sie in Krisenzeiten durch Fanatiker und Fundamentalisten bedroht werden. Erst dann erkennen wir, dass die Menschenrechte nur da gelten, wo sich eine Gemeinschaft tatkräftig für sie einsetzt.

(ii) Zu einer Gemeinschaft des guten Lebens gehört es, dass ihre Mitglieder gemeinschaftliche Ziele haben. Das lässt sich an der elementarsten Form der Gemeinschaft zeigen, an der Familie. Sie orientiert sich an dem Ziel, das Leben ihrer Mitglieder zu erhalten und den Heranwachsenden dazu zu verhelfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Zugleich ist die Familie ein Selbstzweck. Es gehört wesentlich zu ihrem guten Leben, dass alle für das Ganze der Familie denken und handeln und Mitgefühl für das Leid und die Freude der anderen haben.

(iii) Zu einer Gemeinschaft des guten Lebens gehören bestimmte gemeinschaftliche Standards des Lebens. Schon Adam Smith (1978: 747) betont, dass das, was wir als lebensnotwendige Güter bezeichnen, nicht nur von natürlichen Bedingungen abhängt, sondern auch durch gemeinschaftliche Standards geprägt wird. "Unter lebenswichtigen Gütern verstehe ich nicht nur solche, die unerlässlich zum Erhalt des Lebens sind, sondern auch Dinge, ohne die achtbaren Leuten, selbst der untersten Schicht, ein Auskommen nach den Gewohnheiten des Landes nicht zugemutet werden sollte." Wie detailliert Smith solche Standards diskutiert, geht aus folgendem Beispiel hervor: "Ein Leinenhemd ist, genau genommen, nicht unbedingt zum Leben notwendig. Griechen und Römer lebten, wie ich glaube, sehr bequem und behaglich, obwohl sie Leinen noch nicht kannten. Doch heutzutage würde sich weithin in Europa jeder achtbare Tagelöhner schämen, wenn er in der Öffentlichkeit ohne Leinenhemd erscheinen müsste. Denn eine solche Armut würde als schimpflich gelten."

4. Gemeinschaft, Abhängigkeit und Wirtschaft

Warum fällt uns Wirtschaftswissenschaftlern der Begriff der Gemeinschaft so schwer? Die Ökonomik hat lange im einzelnen Menschen nichts anderes als einen unabhängig und selbständig Handelnden gesehen. Damit folgt sie einem heute vorherrschenden Lebensgefühl: Die meisten Menschen streben nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Dabei wird zu wenig beachtet, dass Selbständigkeit und Unabhängigkeit von vielen Faktoren abhängen, auf die die Einzelnen keinen Einfluss haben. Wir sind in vielfältiger Form abhängig: Wir sind abhängig in einem elementar physischen Sinn von unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Abhängig und hilflos sind wir in der Kindheit und im Alter sowie in der Krankheit. In schwierigen Situationen, in denen wir die Orientierung zu verlieren drohen, sind wir abhängig von anderen Menschen, insbesondere unserem Lebenspartner. Der anglo-amerikanische Philosoph Alasdair MacIntyre (1999:1) bemerkt dazu: "Wir Menschen sind anfällig für eine Vielzahl von Beschwerden, und die meisten von uns erfahren manchmal gravierende Leiden. Wie wir zurecht kommen, ist nur in kleinem Maße von uns beeinflussbar. Wenn uns körperliche Krankheit und Verletzungen, schlechte Ernährung, Geisteskrankheit, sowie menschliche Aggression und Vernachlässigung widerfahren, verdanken wir unser Überleben, ganz zu schweigen von unserem Wohlergehen, meist anderen Menschen." (Unsere Übersetzung)

Wir sind aber darüber hinaus sogar in unseren selbständigen Entscheidungen abhängig von anderen. Denn unsere Handlungsfähigkeit und unser Urteilsvermögen hängen in hohem Maße davon ab, welche Erziehung wir genossen haben, welchen Menschen wir uns verbunden fühlen und mit wem wir Umgang pflegen – kurz, von der Gemeinschaft, in der wir leben. Die Stärke einer guten Gemeinschaft besteht darin, dass aus der Erfahrung der wechselseitigen Abhängigkeit die aktive Fürsorge der Gemeinschaftsmitglieder untereinander hervorgeht.

Ein Bereich, der uns unsere Abhängigkeit besonders klar vor Augen führt, ist die Wirtschaft. Denn in der Verfügung über Güter und Arbeitsmöglichkeiten sind wir davon abhängig, dass andere sie zur Verfügung stellen. Individuen oder Unternehmen, die in der Wirtschaft jeweils ihre eigenen Interessen verfolgen, sind voneinander abhängig. Aber in der Wirtschaft besteht das besondere Problem, dass sich in ihr Abhängigkeiten herausbilden, die sich von jeder Art Gemeinschaft abgekoppelt haben. Auf dem Markt sind die meisten Abhängigkeiten weitgehend anonym. Ergeben sich daraus negative Folgen, so können diese von der

Wirtschaft als solcher nicht bewältigt werden. Nur durch Kräfte außerhalb des Marktes, etwa eine gute Politik, kann die Wirtschaft in gemeinschaftliche Bezüge gestellt werden.

In Zeiten der Krise scheint dies äußerst schwierig. Das möchte ich an einem zur Zeit vordringlichen Problem zeigen, der Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit wird häufig als ein reines Verteilungsproblem angesehen: Wer keine Arbeit hat, hat keine Möglichkeit, Einkommen zu erzielen. Die Wirtschaft und, wenn die Wirtschaft daran scheitert, die Politik hätten demgemäß die Aufgabe, für eine befriedigende Verteilung von Einkommen zu sorgen. Welche Problematik dahinter steckt, möchte ich an einem Beispiel illustrieren.

Im Mai des Jahres 1996 meldete die Vulkanwerft in Bremen Konkurs an, nachdem sich ein Schuldenstand von 1,4 Mrd. DM aufgebaut hatte und 800 Mill. DM EU Fördermittel wegen angeblicher Zweckentfremdung zurückgefordert wurden. Allein am Stammsitz Bremen waren Tausende von Beschäftigten betroffen. Monate lang waren der Bremer Senat, die Bundesregierung und sogar die EU Kommission in Brüssel mit dem Fall beschäftigt. Damals sagte mir ein Kollege, eigentlich wäre es das Beste, die Werft zu schließen und den Arbeitslosen, den ehemaligen Mitarbeitern, ihren Lohn weiter zu zahlen. Das sei billiger, als weiter die hohen Verluste durch den Staat zu finanzieren, bis irgendwann die Schließung doch unvermeidlich sein würde. In der Tat, über ein Jahr nach dem Konkursantrag war es so weit: Am 15.08.97 schloss die Vulkanwerft für immer ihre Tore, nachdem noch erhebliche öffentliche Fördergelder in den maroden Betrieb geflossen waren. Über den Vorschlag meines Kollegen habe ich angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren nachgedacht. Warum haben nicht die Arbeiter selbst derartige Forderungen gestellt, obwohl sie sich doch scheinbar besser stellen, wenn sie für ihren Lohn nicht mehr arbeiten müssen?

Produktionsstätten wie die Vulkanwerft sind in ihrer Region Teil des Lebens der Gemeinschaft. Für die Tausende von Mitarbeitern, die von einer Schließung betroffen sind, sowie für eine weitaus größere Anzahl von indirekt Betroffenen geht damit eine Lebensform verloren. Eben deshalb kann die Politik nicht ohne weiteres das anscheinend ökonomisch Vernünftige tun: Sie hat es mit Menschen zu tun, denen es nicht nur um ihr Einkommen geht, sondern um das, was sie als ihr gutes Leben ansehen. Darum kämpften die Arbeiter bei der Vulkanwerft so lange wie möglich für den Erhalt ihrer Arbeit.

Wie beurteilen wir derartige Vorgänge vor dem Hintergrund dessen, was wir über Gemeinschaft und Gerechtigkeit gesagt haben? Ich sehe drei Ebenen der Beurteilung.

(i) Argumentiert man auf rein ökonomischer Ebene, so spricht vieles dafür, dass der Versuch, marode Unternehmen durch staatliche Gelder zu erhalten, die anderswo erwirtschaftet werden müssen, für die Gesellschaft zu kostspielig ist. Gäbe es für Steuergelder nicht sinnvollere Verwendungen?

(ii) Dass sich in der Gesellschaft der ökonomische Standpunkt nur selten durchsetzt, liegt an seiner Einseitigkeit. Zu Vieles, was die Menschen ernsthaft betrifft, wird ausgeblendet, und daher ist er nur selten konsensfähig. Um zu realisierbaren Lösungen zu kommen, muss man auf die Forschung von Psychologie, Soziologie, Politikwissenschaft und Rechtswissenschaft zurückgreifen. Hier erst können wir ernst nehmen, welche Vorstellungen eines guten Lebens bei den verschiedenen Akteuren - den Arbeitern an der Werft und ihrem Umfeld, bei den politisch Verantwortlichen in der Region und im Staat - sowie in der Gesellschaft gegeben sind und welche Interessen und Zielkonflikte daraus hervorgehen.

(iii) Für praktische Lösungen wirtschaftlicher Probleme von der Dimension der Schließung der Vulkanwerft bedarf es darüber hinaus der Fähigkeit, die Erkenntnisse der Ökonomik und verschiedener anderer Wissenschaften einschätzen und sinnvoll auf die konkrete Lage vor Ort beziehen zu können. Diese Fähigkeit wird in der philosophischen Tradition als Urteilskraft bezeichnet. Urteilskraft besteht darin, Zusammenhänge und Regeln nicht nur zu wissen, sondern auch anwenden zu können. Urteilskraft in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten setzt Übung und Erfahrung voraus, aber auch ein Gespür für die politischen, sozialen und moralischen Dimensionen der anstehenden Fragen.

5. Homo oeconomicus und homo politicus

Ökonomisches Vorgehen, erweitert und vertieft durch interdisziplinäre Forschung, mit Urteilskraft angewendet auf den konkreten Fall - das ist nötig, damit tragfähige Lösungen von Fällen wie der Vulkanwerft denkbar werden. Allerdings ist diese Forderung kaum je auch nur annähernd erfüllt. Und sollte sie doch erfüllt sein, so ist es noch eine ganz andere Frage, ob eine vernünftige Lösung auch realisiert wird. Denn dazu gehört ein Wille, jenseits der eigenen Interessen das gute Leben der Gemeinschaft in den Blick zu nehmen und nach seiner Verwirklichung zu streben. In Wirklichkeit geht ein Fall wie der der Vulkanwerft meistens so

aus, dass im Nachhinein bei allen Beteiligten der Eindruck entsteht, dass keine zufriedenstellende Lösung gefunden wurde.

Angesichts derartiger Probleme hat das Bild, das die Wirtschaftswissenschaften vom Menschen zeichnen, der homo oeconomicus, eine gewisse Anziehungskraft. Nicht wenige Ökonomen glauben, dass man den Menschen nicht nur in der Wirtschaft, sondern auf allen Gebieten als einen egoistischen rationalen Nutzenmaximierer, einen homo oeconomicus, konzipieren sollte. Aber liegt nicht die Verfahrenheit unserer Gegenwart vielleicht gerade in der Sicht, dass in Fragen der Gerechtigkeit und des guten Lebens für die ganze Gesellschaft die Entscheidungsbefugnisse bei einer Vielzahl von homines oeconomici liegen soll? Wie der homo oeconomicus konstruiert ist, kann er nämlich diese Fragen nicht einmal verstehen, weil er nur seine Privatinteressen kennt. Wäre jeder von uns tatsächlich solch ein homo oeconomicus, ein egoistischer Nutzenmaximierer, dann befände sich unsere Gesellschaft in einer Lage, die die griechische Philosophie als aporia bezeichnet. Aporia ist ein Zustand, in dem nicht einmal rein gedanklich ein Ausweg möglich erscheint. Die Aporie wäre die folgende: Bei der Lösung unserer Probleme geht es um Gemeinschaft und Gerechtigkeit, aber es ist kein Mensch da, dem es um Gemeinschaft und Gerechtigkeit geht. Für die Lösung fehlen die Menschen.

Nun ist der homo oeconomicus, auch wenn er in der Wirklichkeit durchaus gehaltvoll ist, ein reines Theoriekonstrukt. Wir sollten uns davor hüten, die anscheinende Ausweglosigkeit der Gegenwart noch durch ein theoretisches Fundament zu untermauern, das ursprünglich dafür gar nicht vorgesehen ist. Denn dann ist es nicht nur so, dass wir keine Lösungen finden, sondern wir berauben uns der Möglichkeit, Lösungen auch nur denkbar zu machen. Es gibt allerdings außerhalb der ökonomischen Modelle keine Notwendigkeit, den Menschen immer als homo oeconomicus anzusehen. Aber wie müssen wir uns den Menschen denken, um ihm überhaupt zuzutrauen, Fragen der Gemeinschaft und Gerechtigkeit sachgemäß anzugehen und zu lösen?

Wenn wir wenigstens die Hoffnung auf eine theoretische Lösung behalten wollen, müssen wir den Menschen als homo politicus betrachten. Der homo politicus ist der Mensch, der von einer Idee der Gerechtigkeit geleitet mit Urteilskraft das Wohl der Gemeinschaft, in der er lebt, zu fördern sucht. Der homo politicus ist verlangt, wenn es um die Lösung der Probleme von der Dimension der Arbeitslosigkeit geht.

Angesichts der Verfahrenheit, die wir an so vielen Stellen in unserer Welt erleben, mag der homo politicus nur als ein Gedankenkonstrukt erscheinen. Ich habe andere Erfahrungen gemacht. Im Zusammenhang der Lösung von Abwasser- und Abfallfragen in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts habe ich in interministeriellen Arbeitsgruppen und Kommissionen auf Länder- und Bundesebene mitgewirkt. In später durchgeführten empirischen Untersuchungen konnten meine Mitarbeiter und ich zeigen, dass sich in der Ministerialverwaltung im Umweltbereich nicht nur eine wirksame Orientierung am Gemeinwohl findet, sondern vielfach auch die Fähigkeit, unter schwierigen Bedingungen und Interessengegensätzen dem Gemeinwohl Geltung zu verschaffen: Was die Reinheit des Wassers und den Umgang mit Abfall angeht, ist mehr erreicht worden, als man Mitte der siebziger Jahre zu hoffen gewagt hätte. Auf dem Weg dahin waren Ministerialbeamte im Einzelfall bereit, persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen.

Ähnliches gilt nach meiner Erfahrung auch für Unternehmer und Manager in der Wirtschaft. Entgegen dem Bild, was aus manchen Vorständen an die Öffentlichkeit dringt, gibt es auch in der Wirtschaft eine nicht geringe Anzahl von Menschen, die nicht dem Bild des egoistischen rationalen Nutzenmaximierers entspricht.

Ich komme zum letzten Abschnitt.

6. Religion und Gerechtigkeit

Wenn wir über Wirtschaft im Horizont von Gemeinschaft, Gerechtigkeit, gutem Leben nachdenken, und wenn wir den homo politicus dazu nehmen, der bereit ist, mit seiner Urteilskraft und seinem Handeln dafür einzustehen, so bleibt dies alles auf der konzeptionellen Ebene. Ob etwa die Vulkanwerft ein für die Betroffenen besseres Ende genommen hätte, wenn alle im Rahmen der oben erläuterten Konzepte nachgedacht hätten, das ist fraglich. Ich halte es zwar für sehr nützlich, wenn man gelernt hat, die richtigen Fragen zu stellen - zur richtigen Lösung ist es dennoch ein sehr, sehr weiter Weg. Wenn wir versuchen, in der Gemeinschaft zu einem sinnvollen Bild des guten Lebens beizutragen, wenn wir versuchen, Gerechtigkeit zu verwirklichen, müssen wir bald erkennen, wie wenig wir wissen und wie wenig wir machen können. Das heißt nicht, dass alles, was wir machen, schlecht ausgehen muss, es heißt aber, dass Wesentliches nicht machbar ist: Auch ein homo politicus mit den besten Absichten wird immer wieder erfahren, dass der Erfolg seines

Handelns nicht in seiner Hand liegt und dass selbst auf den ersten Blick erfolgreiche Handlungen zu ganz anderen Resultaten führen können, als er gedacht hat. In gewisser Weise hat jede Realität etwas von der Aporia, der Aussichtslosigkeit, an sich, in der jetzigen Krise wird dies nur besonders deutlich.

Angesichts anscheinender Ausweglosigkeit sollten wir nicht mutlos werden. Wenn wir keinen Ausweg *sehen*, heißt das nicht, dass es keinen Ausweg *gibt*. Daher sollten wir stets bereit sein zu gehen, und Möglichkeiten für kleine Schritte gibt es fast immer. Woher aber nehmen wir die Kraft und Zuversicht, noch da zu gehen, wo uns der Weg verborgen ist und das Gehen aussichtslos erscheint? Wir alle brauchen diese Kraft und Zuversicht, aber wie und in welcher Weise wir die Quelle von Kraft und Zuversicht erfahren und begreifen, ist eine zutiefst persönliche Angelegenheit.

Wir möchten uns am Ende des Vortrags auf unvertrautes Terrain begeben und etwas aus unserer persönlichen Erfahrung wiedergeben. Sowohl für Herrn Manstetten wie für mich ist seit über 25 Jahren die Zen-Meditation ein wesentlicher Teil des Lebens geworden. Das Zen hat uns nicht zu Buddhisten gemacht; es hat uns aber gelehrt, auf die Weisheit der Religion zu hören. Auch zu dem, worum es in diesem Vortrag geht, hat die Religion Wesentliches zu sagen. Ich möchte eine Bemerkung aus dem Roman Tom Jones von Henry Fielding auf unser Thema beziehen. Dort heißt es: "eine Seite des Evangeliums löst dieses Problem besser als alle Folianten der alten und neueren Philosophen"². Das Evangelium kann uns keine Regeln einer gerechten Einkommensverteilung geben. Aber es kann uns an etwas erinnern, was wir in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft nicht ansprechen können: Wenn wir vorhin die theoretische Konzeption von Gerechtigkeit der Philosophie zuwiesen und die praktische Verwirklichung der Gerechtigkeit als Aufgabe der Politik bestimmten, so erinnert die Bibel daran, dass Gerechtigkeit darüber hinaus eine Dimension hat, die sich der Verfügung durch das menschliche Denken und Tun entzieht. Und gerade diese Dimension erscheint mir als die Quelle der Gerechtigkeit. Im 45. Kapitel, Vers 8, des Propheten Jesaja heißt es:

"Taut, ihr Himmel, von oben, / ihr Wolken lasst Gerechtigkeit regnen! Die Erde tue sich auf und bringe das Heil hervor, / sie lasse Gerechtigkeit sprießen."

Zur Gerechtigkeit, wie ich sie verstehe, gehört es, dass sie sowohl von unten wie von oben kommt. Von unten, aus der Erde, das bedeutet: Wir Menschen müssen uns mit allen Kräften der Vernunft und allem Einsatz unseres Herzens um Gerechtigkeit bemühen. Aber

² ("one page of the gospel teaches this lesson better than all the volumes of ancient and modern philosophers.")

Gerechtigkeit kommt zuerst von oben, bevor sie unten in vernünftigen Vorstellungen gefasst werden kann.

Von oben, das heißt aus dem Bereich, wo unser Machen und Tun nichts mehr vermag, kommt insbesondere die Kraft, die es uns ermöglicht, nach der Gerechtigkeit zu streben. Diese Kraft ist das Vertrauen. Aus der Quelle aller Religion kommt das Vertrauen und die Zuversicht, dass unser Tun, trotz aller Irrtümer und Versäumnisse und in aller Ausweglosigkeit, nicht vergeblich ist. Vertrauen benötigen wir, um Gerechtigkeit in unserem eigenen Tun nach Möglichkeit wirksam werden zu lassen.

Das Erkennen und Lösen der uns bedrängenden großen Probleme erfordert es, Wege jenseits der Disziplinen der Wissenschaften zu gehen. Als Wissenschaftler wissen wir jedoch nie, ob wir jenseits unserer Wissenschaft in der Realität festen Boden finden. Aus meiner Erfahrung gibt die Religion das Vertrauen, auch unter ungewissen Bedingungen gehen zu können. Das Matthäus-Evangelium hat dafür ein schlagendes, ja sogar provozierendes Bild gefunden, wenn es Petrus auf dem Wasser des Sees Genezareth Jesus entgegengehen lässt (Matthäus 14, 22-33).

In der Bibel finden wir in der Apostelgeschichte (4, 32-35) das Bild einer Gemeinschaft des Vertrauens. Die Stelle, die ich Ihnen vorlesen möchte, ist häufig als ein Hinweis auf kommunistische Strukturen in der frühchristlichen Gemeinde verstanden worden. Mir geht es bei dieser Stelle um etwas anderes. In dieser Geschichte wird klar gesagt, dass die Frage der Verteilungsgerechtigkeit nur gelöst werden kann, wenn die Gemeinschaft der Menschen nicht bloß eine Gemeinschaft der Interessen, sondern eine Gemeinschaft der Herzen ist. In dieser Gemeinschaft ist alle Abhängigkeit nur ein Anlass, wechselseitig füreinander da zu sein:

"Die Menge der Gläubigen aber war ein Herz und eine Seele. Auch sagte keiner von seinen Gütern, dass sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemein. Und mit großer Kraft gaben die Apostel Zeugnis von der Auferstehung Jesu, und es war große Gnade bei ihnen allen. Es war auch keiner unter ihnen, der Mangel hatte. Denn wie viele ihrer waren, die da Äcker und Häuser hatten, die verkauften dasselbe, und brachten das Geld des verkauften Gutes und legten's zu der Apostel Füßen. Und man gab einem jeglichen, was er nötig hatte."

Vertrauen ist das Fundament jeder guten Gemeinschaft. Selbst die Wirtschaft kann nicht funktionieren, wenn die Wirtschaftssubjekte nicht einander vertrauen. Vertrauen ist ein Vorschuss, von dem man nie sicher weiß, ob man ihn zurückbekommt. Ist aber niemand

bereit, ihn zu zahlen, dann gibt es keine Marktwirtschaft, vor allem aber gibt es keine Gemeinschaft. Vertrauen zwischen Wirtschaftssubjekten und Vertrauen in der Religion – das scheint etwas ganz Verschiedenes zu bedeuten, und das ist zunächst auch etwas Verschiedenes. Aber wenn in einer Gesellschaft das Vertrauen auf einer Ebene jenseits von Wirtschaft und Politik wegbricht, dann hat dies langfristig gefährliche Folgen für die Abläufe in Wirtschaft und Politik. Umgekehrt: Auch wenn das wesentliche Vertrauen, wie es nur die Religion gewährt, nicht in unserer Macht steht, wissen wir: Wann immer wir dieses Vertrauen erfahren und aus ihm heraus handeln, fällt die Resignation von uns ab. Der Grund für die Resignation, die heute unsere Wirtschaft und Gesellschaft an so vielen Stellen lähmt, ist eigentlich nur ein Mangel an Vertrauen. Unabhängig von Freude und Leid, unabhängig von Erfolg und Misserfolg ist Religion, wie ich sie erfahre, Einübung ins Vertrauen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Literatur:

Aristoteles, 1977, Nikomachische Ethik, dtv, München.

MacIntyre, Alasdair, 1999, Dependent Rational Animals. Why Human Beings Need the Virtues, Duckworth, London.

Sen, Amartya, 2002, Ökonomie für Menschen, dtv, München.

Smith, Adam, 1978, Wohlstand der Nationen, dtv, München.